

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

Fahrradparkhaus rechnet sich nie

Das geplante Fahrradparkhaus am Konstanzer Bahnhof wird aller Voraussicht nach immer ein Zuschussgeschäft bleiben. Das zeigt ein SÜDKURIER-Faktencheck zu vergleichbaren Projekten in Baden-Württemberg und den Niederlanden. Die relativ geringen Nutzungsgebühren können die Kosten in aller Regel nicht voll decken. Der Vergleich legt aber auch offen, dass das Konstanzer Vorhaben in Bau und Betrieb nicht überdurchschnittlich teuer ist. (rau)

STOCKACH

Verfahren gegen Stadtwerke läuft

Die Stadtwerke sind bei der Ausrüstung von Haushalten mit intelligenten Stromzählern, den sogenannten Smart Metern, zu langsam. Da die Stadtwerke die Pflichtausbauquote von 20 Prozent zum Ende des vergangenen Jahres deutlich verfehlt hatten, hat die Bundesnetzagentur ein Verfahren gegen die Stadtwerke eingeleitet. Inzwischen schreitet der Ausbau jedoch schneller voran - aber nicht überall. Grund ist der schlechte Mobilfunkempfang. (maw)

RADOLFZELL

Erneut Diskussion über Hotel Viktoria

Über den geplanten Neubau auf dem Areal des ehemaligen Hotels Viktoria am Radolfzeller Bahnhofplatz gibt es im Gemeinderat erneut Diskussionen. Die Freie Grüne Liste kritisiert, die vorgegebenen Grenzwerte für die Flächenmaße und die Höhe würden nicht eingehalten. Es geht um 37 Zentimeter. Die Stadtverwaltung hält die Debatte hingegen für verfrüht: bislang sei lediglich die Kubatur beschlossen, Details kämen später. (maw)

HEGAU

Feuerwehr löscht zwei Brände

Die Feuerwehr musste am Dienstag zu gleich zwei Bränden im Hegau ausrücken. Bei Duchtlingen geriet ein Getreidefeld in Brand. Kurz darauf brannte es auch in einem Waldstück in Singen. Nach Angaben der Wehr begünstigen die anhaltende Hitze, die ausbleibenden Niederschläge sowie auffrischender Wind derzeit die Entstehung von Bränden. Die Einsatzkräfte konnten die Feuer aber rasch unter Kontrolle bringen und eine weitere Ausbreitung verhindern. (lha)

BODENSEE-WETTER



30°

Höchstwert heute Nachmittag

17°

Tiefstwert in der Nacht zu morgen

www.suedkurier.de

Fotos: dpa

Seite 10

Preise: 3,70 sFr

4 2 6 2 8



4 190657 403203



Klare Ansage der Bürger an Özdemir

BaWü-Check: Das Land soll bei sich selber sparen, finden die Menschen im Südwesten. Für Kliniken und Schulen aber sollte Geld da sein

VON ANNIKA GRAH

Stuttgart Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen in Baden-Württemberg nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst - und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versprechen, das die Landesregierung im Koalitionsvertrag auch gegeben hat.

Bis 2031, heißt es dort, soll „durch Digitalisierung, Aufgabenkritik und consequenten Abbau von Doppelstrukturen“ die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung reduziert werden. Allein in der zentralen Verwaltung soll die Zahl der Stellen um fünf Prozent sinken. Zum Start von Grün-Schwarz in die neue Legislaturperiode ging es aber erst einmal in die andere Richtung: Jeweils 30 Stellen dürfen Grüne und CDU in den von ihnen geführten Ministerien schaffen. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte, die Landesregierung halte aber am Abbauziel weiter fest.

Der zweite Bereich, in dem nach Ansicht der Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. 72 Prozent sind der Ansicht, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. Das sind mehr als 2025, als nur 59 Prozent Kürzungen im Kulturbereich befürworteten. Für den BaWü-Check befragte das Institut für Demoskopie in Allensbach im Juni 1006 Menschen, die Umfrage ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren.

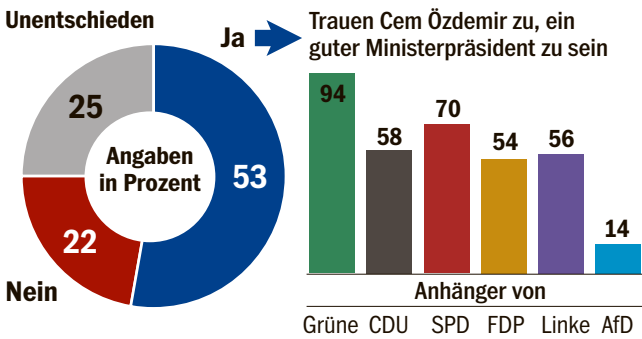
Den Abbau von Schulden hält nicht mal jeder Fünfte für eine der wichtigsten

53 Prozent der Bürgerinnen und Bürger trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden: Cem Özdemir. FOTO: DPA



Großes Vertrauen in Cem Özdemir

Trauen Sie Cem Özdemir zu, ein guter Ministerpräsident zu sein?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6195/III / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Aufgaben des Landes. Vor allem im sozialen Bereich finden die Befragten, dass das Land mehr Geld in die Hand nehmen sollte. 90 Prozent möchten, dass das Land mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Kliniken ausgeben soll. Fast gleich viele (88 Prozent) möchten, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für eine bessere Finanzierung von Kindergärten. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele.

All diese Wünsche zu erfüllen, dürfte angesichts der aktuellen Finanzlage schwierig sein. Groß sind die finanziellen Spielräume der Landesregierung nicht. Grün-Schwarz hat gerade mit den Etatplanungen für 2027 begonnen. Für die bestehenden Ausgaben muss erst einmal eine Lücke von fünf Milliarden Euro geschlossen werden. Für Mehrausgaben stehen lediglich 300 Millionen

Euro zur Verfügung, wenn die Koalition an ihrem Versprechen festhält und nicht alle Spielräume der Schuldenbremse ausreizt, die der Bund 2025 für die Länder neu geschaffen hat. Eine Neuregelung ist aber geplant: Grün-Schwarz will je nach Konjunkturlage künftig Kredite für die Kommunen aufnehmen können - für 2027 könnten das 500 Millionen Euro sein. Wie die genau diese Konjunkturkomponente für Kommunen allerdings aussehen soll, ist noch offen.

Besonders hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung aber gar nicht. Nur 38 Prozent trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme anzugehen. 33 Prozent sind davon nicht überzeugt. Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen groß. 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden.

Kommentar: „Sparauftrag“
Thema des Tages: Was die Bürger sagen

Kommentar

Sparauftrag

VON STEFAN LUTZ

In schwierigen Zeiten sind alle aufgefordert zu sparen. Und das heißt: wirklich alle. Für die freie Wirtschaft trifft das in diesem Land auch auf nahezu sämtliche Bereiche zu - für den Staat selbst dagegen eher nicht. Dessen Bedarfe an Geldmitteln kommen dem unstillbaren Hunger einer gefräßigen Krake gleich und es fehlt an Mut und Entschlossenheit, wirklich mal ranzugehen an die Kostenseite. Denn ein Einnahmeproblem hat unser Staat nicht - er hat ein Ausgabenproblem.

In der freien Wirtschaft geht es in Krisenzeiten hart ran an die Kosten, das ist selbstverständliches, unternehmerisches Handeln. Und so bedauerlich es ist, die größten Einsparpotenziale sind immer beim Personal zu finden. So gibt es täglich von Unternehmen Meldungen, dass die Anzahl der Mitarbeitenden reduziert wird - in mitunter besorgniserregenden Ausmaßen.

Und was macht unsere neue Landesregierung? Entgegen allen Beteuerungen, dass Personal eingespart werden soll, werden im Regierungsapparat 60 neue Stellen geschaffen - mit geplanten Vollkosten von 100.000 Euro pro Mitarbeiter. Irgendwer hat da die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Dabei ist die Erwartungshaltung eine andere, das zeigt eine Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. 82 Prozent der Menschen wollen, dass das Land im eigenen Verwaltungsapparat Personal einspart. Und frühere Erhebungen zeigen, dass sie diese Erwartung auch an Kommunen haben. Doch Einschnitte sind entweder gar nicht zu beobachten oder nur in homöopathischen Dosen. Begründet wird das häufig damit, dass die Aufgabenbreite erheblich zugenommen hätte. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Ineffizienzen zwar überall zu finden sind, aber nicht streng abgestellt werden. Das ist ein Problem - weshalb in anderen Bereichen gekürzt werden soll.

Geht es nach der vorliegenden Umfrage, soll es vor allem Kultureinrichtungen treffen. Die Anzahl derer, die Einsparungen in diesem Bereich für richtig halten, hat sich innerhalb eines Jahres von 59 auf 72 Prozent vergrößert. Dagegen soll vor allem in den Erhalt und die Erneuerung von Infrastruktur investiert werden. Besonders hoch sind die Hoffnungen in die neue Regierung allerdings nicht. Nur zwei von fünf Befragten trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme bezert anzugehen. Das ist bitter.

stefan.lutz@suedkurier.de

Trump geht Nato-Partner an

Ankara Scharfe Attacken gegen Verbündete und ein erneuter Griff nach Grönland: US-Präsident Donald Trump hat beim Nato-Gipfel in Ankara die Hoffnung der Europäer auf ein geschlossenes Auftreten enttäuscht. Trump kündigte am Rande des Treffens an, die Handelsbeziehungen mit Spanien wegen fehlender Unterstützung im Iran-Krieg zu beenden. Auch Deutschland zählte er wieder zu den Ländern, die die USA im Stich gelassen hätten. Der Ukraine sicherten die Nato-Staaten 70 Milliarden Euro für die Abwehr des russischen Angriffskriegs zu. (dpa)

Einblick: Kommentar von Margit Hufnagel
Politik: Trumps Auftritt in Ankara

Hausarztmangel verschärft sich

Stuttgart Schon heute ist es in einigen Regionen in Baden-Württemberg schwierig, einen Hausarzt zu bekommen - bis 2040 wird sich die Situation einer Studie der Krankenkasse Barmer zufolge vor allem im ländlichen Raum noch massiv verschärfen. Demnach dürften etwa die Bereiche Bad Säckingen, Rottweil, Sigmaringen und Waldshut-Tiengen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in 14 Jahren unterversorgt sein, wenn nicht gegengesteuert wird. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2040 etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Baden-Württemberg (22 Prozent) unterversorgt sein dürfte. Besonders stark betroffen seien ländliche Regionen. (dpa)

ANZEIGE

TICKETS ERHÄLTICH BEI

TICKETS CONNECTED

VERANSTALTER

KOKON

HOHENTWIEL FESTIVAL

SINGEN

SÜDKURIER

MEUTE



16.07.2026

CHRIS NORMAN & BAND



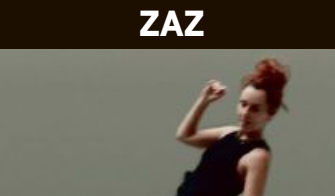
17.07.2026

DEINE FREUNDE



18.07.2026

ZAZ



20.07.2026